

Erscheint wöchentlich zwölfmal mit Illustr. Sportblatt. Illustr. Gratis-Zeitschriften: „Der Welt-Spiegel“, „Wochenpiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Kitt“, „Haus und Garten“ mit „Jugendspiegel“ „Jede Woche Musik“, Besessung: wöchentlich 1,20, monatlich 5 M. einchi. Zustellung durch die Botenfrank im voraus salutar, durch die Post 3 M. monatlich inkl. Zustellung. Auslands-Zustellung durch die Hauptexpedition u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition S.W. 100, Rudolf-Museums-Haus und den nebensich. aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Danhoff 3440-3462, für d. Fernverkehr 4207-4209). Fern-Adr.: „Berlita“, Berlin, Rudolf-Museums-Haus. Postcheckkonto Berlin Nr. 324. Anzeigenpreis: Die 10. Spalte 1,50 M. Die Aufnahme von Anzeigen ab bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.



Inserten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition S.W. 100, Rudolf-Museums-Haus, Jerusalemstr. 46-48. Filialen: Badstr. 61, Hühnerstr. 59, Fennstr. 1, Fildenstr. 9, Frankfurter Allee 288 u. 346, Gröbenstr. 197, Gr. Frankf. Str. 59, Kochbänckerstr. 9, Königsstr. 19, Köpenicker Str. 67/68, Moritzpl. Müllerstr. 135, Potsdamer Str. 5, Rheinsberger Str. 74, Rosenthaler Str. 48, Schiffbauerdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstr. 61, Wiener Str. 16, Zimmerei 59, Charlottenburg: Kaiserdamm 20, Kantstr. 34, Nürnbergerstr. 22/26, Senatsstr. 39, Tautzstr. 41, Copenick: Schlossstr. 1, Friedenau: Rheinstr. 19, Halensee-Grüneburg: Lehmannstr. 14, Lichtenberg: Frankfurter Allee 241, Lichtenfelde-West: Carlsstr. 12, Neukölln: Berlinstr. 41, Hermannstr. 93/94, Kaiser-Friedrich-Str. 243, Niederschönhausen: Brückenstr. 22, Pankow: Bornholmer Str. 1, Schmaragdstr. 1, Breite Str. 3, Schöneberg: Hauptstr. 23/24, Marin-Luther-Str. 9, Spandau: Breite Str. 47, Bismarckstr. 32, Tempelhof: Berlinstr. 147, Tempelhof: Berlinstr. 147, Treptow: Gracetr. 61, Weissensee: Berlinstr. Allee 247 (Antonpl.), Wilmersdorf: Hohenschönhausen 186, Kalsplatz 13, Umlandstr. 88, in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4, Breslau: Schweinitzstr. 31, Frankfurt a. d. Oder: Regierungstr. 46, Potsdam: Brandenburgstr. 23, Meritin, Mönchestr. 9. Druck und Verlag: Rudolf-Museums-Haus in Berlin.

# Berliner Tageblatt

55. Jahrgang + Nr. 436 und Handels-Zeitung Sonntag, 15. September 1929

## GESPRÄCH über HAAGER ERGEBNIS.

### Besuch bei Stresemann.

T. W. Bei einem kurzen Abstecher nach Genf konnte ich, einer liebenswürdigen Einladung folgend, dem Reichsaussenminister Dr. Stresemann meinen Besuch abstaten. Im Verlauf einer Frühstücks-Unterhaltung hat mir Dr. Stresemann einige Gedanken zu dem Abschluss der Haager Konferenz entwickelt, die etwa folgendermaßen zusammenzufassen sind:

Es ist nicht ganz leicht, vor der Öffentlichkeit alle Gesichtspunkte darzulegen, die für uns bei der Zustimmung zu dem Young-Plan mitgesprochen haben. Wer den Young-Plan angreift, hat es ja sehr bequem, er kann alles sagen, was ihm gerade einfällt. Wer die Verantwortung für die deutsche Politik hat, muss in seinen Äußerungen vorsichtiger sein. Er könnte vielleicht durch ein deutliches Wort sich selber vor der öffentlichen Meinung nützen, aber er würde der Sache schaden. Die Gegner unserer Politik operieren mit dem beliebigen Schlagwort, durch den Young-Plan werde das deutsche Volk für zwei Generationen versklavt. Statt immer von der nächsten Generation zu sprechen, die wahrscheinlich schon unter ganz anderen Bedingungen leben wird, sollte man zunächst einmal daran denken, dass der Young-Plan der gegenwärtigen Generation eine sehr starke Erleichterung bringt. In den nächsten zehn Jahren hat das deutsche Volk ungefähr sieben Milliarden weniger zu zahlen, als es nach dem Dawes-Plan schuldet — ist das etwa nichts?

Die Deutschen verlangen, dass wir alle Unterlagen veröffentlichen, die wir den Sachverständigen zur Verfügung gestellt haben. Das können wir nicht, weil wir die deutschen Interessen nicht schädigen wollen. Im übrigen vergessen sie, dass der Dawes-Plan im Laufe der Jahre uns in ständig steigendem Masse belastet hätte, und dass durch den Young-Plan die Klausel über den Wohlfahrtsindex gefallen ist, die im Dawes-Plan enthalten war. Aus den steigenden Ziffern der Verbrauchssteuern kann man ersehen, dass beim Fortbestehen des Dawes-Planes im Jahre 1931 ungewerlich die Klausel des Wohlfahrtsindex wirksam geworden wäre. Deutschland hätte dann nicht mehr zweieinhalb Milliarden, sondern sogar noch eine Anzahl Millionen mehr zu zahlen gehabt. Die Gegner der Haager Abmachungen gehen ein bisschen schnell über diese Tatsache hinweg, dass der Young-Plan nicht nur die Schuldsomme des Dawes-Planes wesentlich herabgesetzt, sondern uns auch die Mehrzahlungen auf Grund des Wohlfahrtsindex erspart hat. Dass die Steigerung der Verbrauchssteuer angefallen hätte, unterliegt ja keinem Zweifel, denn sie hat nicht einmal in der wirtschaftlich schlechtesten Perioden nachgelassen. Wenn das deutsche Volk ein Jahr lang seinen Verbrauch an Genussmitteln auf die Hälfte herabsetzen würde, könnte es die Kapitalsumme aufbringen, die notwendig ist, um die Zahlungen der letzten Jahrzehnte des Young-Planes abzulösen. Auch das sollten sich einmal die Leute vorhalten, die eine eigentümliche Vorstellung von der Wirkung des Young-Planes haben und von der „Versklavung für zwei Generationen“ sprechen.

Man sagt, wenn wir den Dawes-Plan beibehalten hätten, wäre es zur Krise gekommen, und dann wäre die Revision des Schuldvertrages eingetreten. Das mag richtig sein, es fragt sich nur, wann die Krise gekommen wäre. Gewiss, wir haben den Dawes-Plan nur erfüllen können, weil das Ausland uns geborgt hat. Aber das Aus-

land hätte wahrscheinlich weiter geborgt. Es konnte noch lange dauern bis zu dem Zusammenbruch, und inzwischen müssten wir die Dawes-Lasten tragen. Vielleicht macht sich auch nicht jeder klar, was der Zusammenbruch bedeutet hätte. Als man glaube, die Verhandlungen der Sachverständigen in Paris würden scheitern, sagte mir der Direktor einer grossen Bank, wenn infolge des Scheiterns der Verhandlungen eine Deroute entstehen sollte und ihm die von seiner Bank geborgten kurzfristigen Kredite gekündigt würden, würde seine Bank gezwungen sein, auch ihren Kunden die Kredite zu kündigen. Die Banken hätten allerdings nicht den syndizierten Milliarden-Unternehmungen gekündigt. Aber für die nicht konzernmässig gebundenen, selbständigen Unternehmungen wäre es eine Katastrophe gewesen. Wir hätten dann allmählich die Alleinherrschaft der grossen Syndikate gehabt — was wohl nicht jedem wünschenswert erscheint. Den selbständigen Unternehmungen wäre ein Ende gemacht worden, wenn die angeblich so heilsame Dawes-Krise abgewartet worden wäre.

Durch die Annahme des Young-Planes soll Deutschland von der wirtschaftlichen und der Finanzkontrolle befreit werden. Solange Deutschland unter dieser Kontrolle steht, ist es doch ein Staat, wie früher die Türkei. Unsere Einnahmen werden überwacht, unsere wirtschaftliche Selbständigkeit ist beschränkt. Ich will nicht zu denen von Würde sprechen, die kein Verständnis dafür haben. Aber es ist ein würdeloses Zustand für ein grosses Volk, und das musste aufhören und hört nun auf. Alles ist ja noch nicht geregelt, in der Reichsbahn müssen die staatlichen Rechte noch sehr ausgebaut werden. Sie muss volkswirtschaftlich so gestaltet werden, wie es den Interessen des Staates entspricht. Um alles zusammenzufassen: Der Young-Plan entlastet uns, gibt uns die Möglichkeit des Moratoriums und ist das kleinere Übel in finanzieller Beziehung, und in politischer Beziehung ist es unbedingt die bessere Lösung.

Ich weiss, man hat uns vorgeworfen, wir seien zu bereit gewesen, das zu betonen, und anzuerkennen, was der Young-Plan in dem ersten Jahrzehnt an Erleichterung bringt. Das, sagt man, sei zum mindesten ein taktischer Fehler gewesen. Ja, wir hätten uns darüber nicht geäussert, wenn nicht die Opposition in so unerhörter Weise die Tatsachen entstellte hätte. Auf den Grafen Westarp trifft das nicht zu. Er hat sich an dieser Verfälschung nicht beteiligt. Aber gegen die, die uns in dieser skandalösen Manier angriffen, mussten wir uns wehren, wir mussten dem deutschen Volk zeigen, welche finanzielle Besserung, neben der politischen, die Annahme des Young-Planes bedeutet. Ich spreche nicht von der Opposition einer Partei, sondern von der Art, wie Bünde und Verbände zusammengeschweisst wurden zu einem Kampf, dessen Ziele weit über die Opposition gegen den Young-Plan hinausgehen. Das sieht ja wohl jeder, dass bei dem ganzen Lärm, den man veranstaltet, der Young-Plan nur ein Vorwand ist, und welches die wahren Ziele sind.

Diese Leute haben den Mut, auch von der Befreiung des Rheinlandes so zu reden, als wäre das etwas ganz Gleichgültiges. Eigentlich doch ein trauriger Mut. Man muss einmal zurückblicken auf die wechselnden Auffassungen, die seit dem Waffenstillstand über das Rheinland entstanden. Die erste Auffassung war bezeichnet durch das Wort Clemenceaus: „Wir sind und bleiben im Rheingebiet“. Damals sagten auch bei uns sehr viele, und doch besonders diejenigen, die jetzt plötzlich gar keine Befriedigung über die Räumung empfinden, die Franzosen würden niemals wieder herausgehen. Die zweite Auf-

fassung war die von Poincaré formulierte: „Die im Versailler Vertrag vorgesehenen Räumungsfristen haben noch nicht zu laufen begonnen“. Die dritte kam mit der Ruhrbesetzung, — und da glaubte man, nicht nur das Rheinland würde in den Händen der Franzosen bleiben, sondern auch die Ruhr. Ein Oberbürgermeister kam zu mir und fragte mich, ob er wohl seinen Mitbürgern sagen könnte, das Ruhrgebiet werde nicht für immer besetzt bleiben. Jetzt wird das Rheinland frei. Das ist ein politisches Resultat, das vor nicht langer Zeit sehr vielen noch unerreichbar erschien. Und wir haben nicht nur die Tatsache der Räumung, sondern der ganze Gedanke, im Rheinland bleiben zu können, ist aus den Köpfen verschwunden, abgesehen von denen, die keinen Frieden haben wollen, und die es dort gibt wie bei uns. Das ist eine erfreuliche Sinneswandel, diese Ideen sind erledigt und werden nicht wiederkommen.

Vielleicht hat mancher gehofft, wir würden wenigstens der Einrichtung einer neuen Kontrollkommission zustimmen. Dann hätte man allerdings eine sehr schöne Waffe gegen uns in der Hand gehabt. Auch damit ist es nun nichts, der ganze Gedanke der Kontrollkommission ist abgetan. Keinerlei neue Kontrolle ist geschaffen worden, und selbstverständlich hätten wir keine angenommen. Die Vergleichskommission des Locarno-Vertrages, die bei Meinungsverschiedenheiten angerufen werden kann, hat Graf Westarp trotz seiner prinzipiell ablehnenden Haltung früher als einen Erfolg der Locarno-Politik bezeichnet. Ihre Schlichtungstätigkeit würde sich auch nicht auf Fragen beschränken, die das Rheinland betreffen. Sie kann ebensogut um ihre Vermittlung bei allen anderen Differenzen ersucht werden, die etwa im Laufe der Zeit entstehen.

Aber die neuen Lasten, die im Haag übernommen worden sind? Sie bestehen aus einem Zuschuss zu den Besatzungskosten in Höhe von 30 Millionen Mark bei 60 Millionen Mark Gesamtkosten. Darin liegt ein Anreiz für die Besatzungsmächte, die Räumung zu beschleunigen; denn alle Mehrkosten gehen auf ihre Kosten. Der Young-Plan gab uns nicht die Möglichkeit, die Tragung der Besatzungskosten durch die Gegner zu fordern. Dazu haben wir auf Anregung der englischen Regierung auf die Auseinandersetzung wegen der sogenannten „Claims“, das heisst der Ansprüche, die wir gegen die besetzenden Armeen wegen Schädigungen usw. haben, verzichtet. Ein Opfer gewiss. Aber viereinhalb bis fünf Jahre weniger Besetzung ist wohl ein Opfer wert. Die Höhe der Annuitäten ist nicht vermehrt worden, nur die Verteilung des geschützten und des ungeschützten Teils der Annuitäten innerhalb des Gesamttraumes ist verschoben worden. Alles andere hat Dr. Curtius — erfreulicherweise im Radio — auseinandergesetzt.

Im ganzen: Deutschlands Belastung ist durch den Young-Plan vermindert worden. Alle Möglichkeiten für die Zukunft bleiben gewahrt. Die Ueberwachung unserer Wirtschaft und unserer Finanzen verschwindet. Wir sind wieder Herr im eigenen Hause. In einigen Monaten wird das Rheinland frei sein, es bleibt auch keine Kontrolle zurück. Die Leute, die uns bekämpfen, nennen das eine „Niederlage“, ein Blatt hat erklärt, dass die Konferenz im Haag eine „Katastrophe“ gewesen sei. Ich denke, das deutsche Volk muss doch die Wahrheit erkennen, auch wenn man ihm so die klaren Tatsachen fälscht. Man wird die Tage, an denen die letzten Soldaten das Rheinland verlassen haben werden, gewiss als Festtage feiern wollen. Ob es dann eine sehr dankbare Rolle sein wird, beiseite zu stehen und die Politik der Befreiung in Grund und Boden zu verdammen, ist doch wohl zweifelhaft.

Table with 2 columns: Stock prices for various companies and indices. Includes entries like 'Aktien', 'Werte', '100.00', '177.00', etc.

Table with 2 columns: Stock prices for various companies and indices. Includes entries like 'Werte', '178.62', '175.62', etc.